

**Bündnis 90/Die GRÜNEN
Salzgitter**



***Salzgitter
kann GRÜNER.***

Langwahlprogramm 2021

Veränderung beginnt hier.

Inhaltsverzeichnis

1. Lebensgrundlagen schützen

1.1	Klimaschutz.....	6
1.2	Naturschutz.....	7
1.3	Erneuerbare Energien: Wasserstoff.....	9
1.4	Grüne Mobilität.....	11
1.5	Tierschutz.....	13
1.6	Landwirtschaft.....	14
1.7	Bauen und Wohnen.....	15
1.8	Schacht Konrad.....	19

2. Verantwortungsvoll in die Zukunft wirtschaften

2.1	Wirtschaftspolitik.....	22
2.2	Finanzwirtschaft.....	23
2.3	Arbeitsmarkt.....	24
2.4	Tourismus.....	25
2.5	Fördermittel.....	25
2.6	Digitalisierung.....	26

3. Bildung und Forschung ermöglichen

3.1	Soziale und nachhaltige Bildungseinrichtungen.....	30
3.2	Frühkindliche Bildung und Kitas.....	31
3.4	Schule des Lebens.....	31
3.4	Allgemeinbildende und weiterführende Schulen.....	35
3.5	Erwachsenenbildung.....	36



4. Zusammen leben

4.1	Sozialpolitik.....	38
4.2	Integration.....	39
4.3	Armuts politik und Teilhabe.....	41
4.4	Demokratie leben.....	43
4.5	Politik miteinander.....	44
4.6	Wertschätzung Ehrenamt.....	45
4.7	Verantwortung gegen Rassismus und Extremismus.....	46
4.8	Kultur.....	47
4.9	Sport und Freizeit.....	48



Rapsfeld bei Salzgitter Üfingen

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger Salzgitters,

die nächsten fünf Jahre in unserer Stadt werden sicherlich spannende Jahre mit vielen Veränderungen, Chancen und Herausforderungen. Einige sind uns allen schon bekannt, andere werden sich erst in der Zukunft zeigen.

Wir GRÜNEN gehen mit vielen Vorhaben und Ideen in diesen Wahlkampf. Wichtig ist uns, dass Sie gerne in dieser Stadt leben. Dafür möchten wir sorgen. Natürlich ist uns der Klimawandel und dessen Bekämpfung ein großes Anliegen, ebenso wie der Natur- und Umweltschutz.

Wir möchten, dass Sie alle gehört und beteiligt werden, so dass Sie die Chance haben, Ihren Beitrag an der Gestaltung unserer Stadt zu leisten. Dafür setzen wir uns ein.

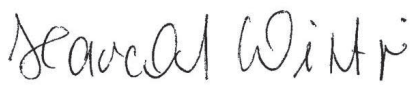
Sie leben und arbeiten hier, Sie kaufen hier ein und Sie nutzen die modernen Kommunikationswege unserer Zeit. Sie sind zu Fuß, mit dem Fahrrad, mit dem Auto oder mit Bus und Bahn unterwegs. Auch da muss einiges besser werden, das wissen wir und auch dafür setzen wir uns ein.

Bitte nehmen Sie sich ein wenig Zeit und lesen Sie unser Wahlprogramm. Wir sind überzeugt, es lohnt sich!

Ihr Bündnis 90 / Die Grünen Kreisverband Salzgitter.



Marcel Bürger
Fraktionsvorsitzender



Harald Wintjen
Vorstandssprecher



1. Lebensgrundlagen schützen

Für uns Grüne sind nachhaltiges Handeln und der Schutz der Umwelt nicht zu trennen, denn die Existenz des Menschen ist unmittelbar mit dem Erhalt einer intakten Natur verbunden. Wir brauchen eine lebenswerte Umwelt – für ein lebendiges Salzgitter.

Nur der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen sichert das Überleben kommender Generationen. Die Zusammenhänge zwischen Natur und Umwelt einerseits und Planungen von Maßnahmen und Projekten andererseits müssen umfassend in alle politischen Entscheidungen einbezogen werden. Dafür setzen wir uns ein.

Der vom Menschen verursachte bzw. beschleunigte Klimawandel ist unbestritten die größte Krise und Bedrohung des 21. Jahrhunderts. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, kommt gerade den Kommunen eine wegweisende Rolle zu. Klimaschutz beginnt vor Ort – hier in Salzgitter!

Die rechtliche Situation ist eindeutig: Das Pariser Klimaabkommen von 2015, die EU-Klimaziele „Klimaneutralität bis 2050“ fordern eine eindeutige Ausrichtung auf den Klimaschutz. Ganz aktuell hat das Urteil des Bundesverfassungsgerichts bestätigt: Die Regelungen des deutschen Klimaschutzgesetzes von 2019 greifen zu kurz und sind in Teilen verfassungswidrig. Wir benötigen Klimaschutzmaßnahmen, die sofort greifen und die Last nicht auf unsere Kinder abladen. Es reicht nicht, Strategien und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel zu erstellen, sondern wir müssen sofort auch auf kommunaler Ebene in Salzgitter konkrete Projekte zur Bekämpfung des Klimawandels entwickeln und umsetzen.

Wir wollen in Salzgitter als positives Beispiel vorangehen und Ideen und Anreize zum Klimaschutz in unserer Stadt neu formulieren. Dazu gehören viele Betrachtungsfelder, beginnend bei Regulierungen zum Schutz von Flora und Fauna bis hin zur Forschung und Entwicklung an erneuerbaren Technologien.



1.1 Klimaschutz

Wir tragen in Salzgitter dazu bei, unsere gemeinsamen Klimaziele zu erreichen. Deshalb wollen wir gemeinsam das bestehende Klimaschutzkonzept erweitern und neue, angepasste und realistische Leitziele erarbeiten. Ziel ist ein transparenter Prozess mit Auswertung der einzelnen vorgeschlagenen Maßnahmen hinsichtlich des Umsetzungsstandes und der erreichten CO₂-Einsparung.

Bei allen Vorschlägen, Vorlagen und Maßnahmen zur Erreichung von politischen Entscheidungen müssen zukünftig etwaige negative Auswirkungen auf das Klima abgeschätzt und dargestellt werden. Grundsätzlich sind Maßnahmen und Lösungsansätze, die sich positiv auf das Klima auswirken, zu bevorzugen. Bei Ausschreibungen für Beschaffungen sollen sich umweltschonende, soziale sowie energieeffiziente Kriterien verstärkt positiv auf Entscheidungen auswirken. Zur Etablierung der Klimaschutzbemühungen sind die zu erarbeitenden Klimaschutzaktivitäten in die Verwaltung organisatorisch, die Kosten betreffend und personell einzubinden. Damit ist die Einstellung von entsprechenden Mitteln in den Haushalt und die Einführung eines Fachbereichs Klimaschutz/Nachhaltigkeit anzustreben.

Die Öffentlichkeit und der Rat der Stadt sind durch die Verwaltung jährlich über die Fortschritte bei der Reduktion der CO₂-Emissionen zu informieren. In den Entscheidungen von Rat und Verwaltung muss das Ziel berücksichtigt werden, die Erderwärmung bis 2050 auf maximal 1,5 °C zu begrenzen.

Neben den organisatorischen Verwaltungstätigkeiten sind praktische Realisierungsansätze zu verfolgen: Der Gebäudebestand im Eigentum der Stadt Salzgitter soll bestmöglich energetisch saniert werden, um nachhaltig energiesparend betrieben werden zu können.

Die Ausweitung und Nutzung erneuerbarer Energien ist grundsätzlich zu fördern und anzustreben. Das kann beispielsweise durch Planung



und anschließende Gründung einer städtischen Gesellschaft zur Verwendung von Biomasse realisiert werden.

Der Ausbau der Solarenergie auf kommunale und gewerbliche Flächen muss ebenso wie auf vorhandene Dächer beschleunigt und mit Anreizen versehen werden. Ausserdem müssen neue Wege und Maßnahmen angedacht werden, um lokale Standortvorteile nachhaltig nutzen zu können. Die Energiespeicherung in alten Autobatterien aus Elektrofahrzeugen kann beispielsweise in Kooperation mit den Herstellern geprüft werden.

Kommunaler Klimaschutz geht auch ganz nah an die Bürger*innen: Wir wollen unsere Ideen zum Aufbau einer Selbstmach-Werkstatt möglichst in freier Trägerschaft realisieren, die Teilnahme an der Aktion „Stadtradeln“ fest vorsehen und die Umweltbildung bereits früh durch Schulgärten aufbauen.

1.2 Naturschutz

Die öffentlichen und privaten Grünflächen und Gartenanlagen haben eine hohe Bedeutung für unsere heimischen Arten und sorgen für ein günstiges und entspannendes Klima innerhalb von bebauten Bereichen. Deshalb wollen wir durchsetzen, dass die öffentlichen Grünflächen in der Hand der Stadt Salzgitter so naturnah wie möglich gestaltet werden, natürlich mit Augenmaß und im Rahmen der eigentlichen Zweckbestimmung. Eine naturnahe Umgestaltung privater Gärten soll gefördert werden.

Die Stadt Salzgitter ist auch außerhalb des bebauten Bereichs Eigentümer von Flächen. Die GRÜNEN wollen diese Flächen zukünftig so nutzen, dass sie in besonderer Weise dem Natur-, Arten- und Klimaschutz dienen.

Grünstreifen am Wegesrand sind Rückzugsräume und Nahrungsflächen für unsere heimischen Arten. Deshalb wollen

wir im Rahmen des „niedersächsischen Weges“ die Landwirte und Feldinteressengemeinschaften unterstützen, Grünstreifen an Feld- und Wirtschaftswegen zu reaktivieren, in dem sie mit feldheckentypischen Gehölzen bepflanzt oder ihrer natürlichen Entwicklung überlassen werden. Es können natürlich auch mehrjährige Blühpflanzen gesät werden.

Die landwirtschaftlichen Nutzflächen im Eigentum der Stadt Salzgitter sollen bei Auslaufen bestehender Pachtverträge oder bei Neuverpachtung künftig bevorzugt nach den Vorgaben des ökologischen Landbaus bewirtschaftet werden. Bei Neuanpflanzungen sollen ausschließlich in Europa heimische Baumarten verwendet werden. Das Baumkataster für städtische Flächen muss weiterverfolgt werden. Durch die Baumschutzsatzungen sollen notwendige Baumfällungen und Ersatzpflanzungen in ökologisch ausreichendem Umfang geregelt werden. Bei unbedingt notwendigen Baumfällungen sollten Ersatzpflanzungen in ökologisch ausreichendem Umfang vorgenommen werden. Die Richtlinie für Baumfällungen muss mit dem Ziel einer intensiveren Beteiligung der Ortsräte und Fachausschüsse verbessert werden.

Wir befürworten die Schaffung zusätzlicher wohnungsnaher Grünanlagen in unseren Stadtteilen. In Park- und Grünanlagen sind Strategien vorzubereiten und Maßnahmen durchzuführen, um die tägliche Verschmutzung und Vermüllung zu vermeiden und zu beseitigen.

In vielen Teilen unserer Stadt ist die Zunahme von „Wildmüll-Deponieren“ zu beobachten. Dieses unverantwortliche Handeln hat negative Auswirkungen auf das Ökosystem des Waldes und damit auf Flora und Fauna. Das Abladen von Müll jeglicher Art in der Natur muss stärker verfolgt und die Entsorgung von Grünabfällen durch kommunale Stellen organisiert werden.

Die Sicherung der Natur- und Landschaftsschutzgebiete, der Schutz von Biotopen und die Beteiligung an regionalen Programmen (z. B. Steinbruch Salder, Geopark) sind für uns wichtig. Wir unterstützen die



Beteiligung an interkommunalen Programmen und Projekten unter Einbindung von Umweltverbänden, Forstwirtschaft, Landwirtschaft, Jägerschaft, Fischereiwirtschaft etc.

Potenzielle Schutzbereiche und -gebiete (beispielsweise Waldflächen, Flussniederungen, Gebiete mit seltenen Biotop- und Lebensformen) sind rechtlich zu sichern und weiterzuentwickeln.

1.3 Erneuerbare Energie: Wasserstoff

Am Industriestandort Salzgitter hat die Transformation bereits begonnen. Die Initiative „Kommunale Wasserstoffstrategie“, im Rat durch Bündnis 90 / Die GRÜNEN federführend auf den Weg gebracht, nimmt Fahrt auf. Am Wasserstoffcampus Salzgitter starten mittlerweile erste Projekte: Die Verbreitung von Wasserstofftankstellen für Brennstoffzellen-Busse, für Müll- und Kehrmaschinen sowie den Speditionsverkehr wird verfolgt.

Weitere Ideen, die wir aktiv einbringen wollen: Für die Region Salzgitter sollen im Kontext der norddeutschen und der nationalen Wasserstoffstrategie Konzepte zu einer marktfähigen grünen Wasserstoffversorgung erarbeitet werden. Investitionen in gute Konzepte steigern die Attraktivität für weitere Partner und schaffen Arbeitsplätze. Förderprogramme für die kommunale Anwendung von Wasserstoff sollen durch entsprechende zu schaffende Stellen permanent beobachtet werden, um mit Fördergeldern arbeiten zu können. Die „Kommunale Wasserstoffstrategie Salzgitter“ soll an zentraler Stelle durch die Stadt Salzgitter koordiniert werden. Kooperationen mit Nachbarkommunen sind dabei zu berücksichtigen.

Für den Transport von Wasserstoff soll die Nutzung vorhandener Erdgasnetze untersucht und erprobt werden, um lokale Abnehmer*innen erreichen zu können.

Mit der „Power-to-Gas“ Technik wird aus grünem Wasserstoff Methan erzeugt. Sie lässt sich durch lokale Partner aus Industrie und Landwirtschaft verfolgen, um den CO₂ Ausstoß weiter zu reduzieren. Wasserstofftechnologie und der professionelle Einsatz von Brennstoffzellen sind beispielsweise in Systemen der unterbrechungsfreien Stromversorgung für kritische Infrastrukturbereiche wie Kliniken oder Behördenorganisationen des Katastrophenschutzes zu berücksichtigen.

Zur unterirdischen Speicherung von Wasserstoff sollen die alten Schachtanlagen der Region auf ihre Eignung geprüft werden.

Auch in der nicht-industriellen Anwendung hat Wasserstoff Zukunft. Wasserstoffheizungen für kommunale Gebäude haben sich bereits im Dauerbetrieb bewährt. Blockheizkraftwerke, die eine dezentrale Versorgung mit Wärme und Strom produzieren, sollen nicht nur für kommunale Versorgungen vorgesehen werden, sondern auch bei der Planung von Neubaugebieten ernsthaft berücksichtigt werden.

Natürlich spielt auch die Finanzierung eine wesentliche Rolle. Ein „Contracting“-Vertragsabschluss für Wasserstoff-Heizungen (Heizung inkl. Montage, Wartung, Vollkasko-Service etc. mieten) kann durch die recht kostenintensive Anschaffung eine gute Alternative zu privaten und öffentlichen Investitionen sein.

Die Wasserstoff-Technologie ist ein komplexes wissenschaftliches Handlungsfeld. Die Informationsgewinnung und -bereitstellung ist von entscheidender Bedeutung. Die Bürgerinformation und -interaktion muss strategisch gut verfolgt werden, beispielsweise in Internetseiten und Infostellen vor Ort. Informationen müssen natürlich auch in verständlicher Sprache zur Verfügung stehen.

Ein Schulungs- und Informationszentrum für Wasserstofftechnologien soll der Ausbildung von Fachkräften und der Forschung dienen. Damit soll die Gründung von Start-ups und innovativen Arbeits- und Forschungsplätzen geschaffen und weiterentwickelt werden.



Die Integration in die Lehre, wie an der „Ostfalia Hochschule für angewandte Wissenschaften“ in Salzgitter Calbecht ist unbedingt anzustreben. Die fachliche Ausbildung von Experten und Fachkräften kann durch die Einrichtung einer Techniker-Schule realisiert werden. Damit würde ein Schulungs- und Informationszentrum für Wasserstofftechnologien als Teil des Wasserstoff-Campus entstehen, das als Informationsschnittstelle und zur Ausarbeitung von Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Schulungsinhalten der Wasserstofftechnologie fungiert.

1.4 Grüne Mobilität

„Rein in den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)!“

Ein Ziel, das für eine Flächenstadt wie Salzgitter eine besondere Herausforderung ist. Salzgitter bleibt im öffentlichen Personennahverkehr sehr stark hinter seinen Möglichkeiten zurück. Bahn und Bus sind das nachhaltige Rückgrat des Nahverkehrs! Davon ausgehend wollen wir Stück für Stück ein Angebot bis zur Haustür schaffen.

Unsere Ideen und Forderungen:

- Eine Stadtbahn in Salzgitter: Die Strecke der Verkehrsbetriebe Peine Salzgitter (VPS) - mit ALSTOM als Partner - würde eine einzigartige Werkbahn auf Wasserstoffbasis zwischen Fredenberg und Bad entstehen lassen, die Arbeitnehmer*innen zu den Arbeitsstätten bringen. Durch ihre Attraktivität würde sie auch bei Privatfahrgästen hohen Anklang finden.
- Um- und Ausbau der KVG-Buslinien: Die Verbindungen der bestehenden Buslinien an die Bahnhöfe der Stadt, an die einzelnen Stadtteile und die Orte der Umgebung muss verbessert werden.
- Sinnvolle On-Demand Verkehre: Verkehrsmittel auf Anforderung könnten die individuelle Mobilität verbessern.

- Direkt neben dem Lebenstedter Bahnhof soll ein Umsteigezentrum als moderne Form eines zentralen Omnibusbahnhofs (ZOB) mit Fernbus und Haltepunkten für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) entstehen.

Das Radwegeverkehrskonzept: Neu- und Ausbau von breiten Fahrradwegen. Aktuelle Erhebungen zeigen, dass Entfernungen bis zu einer Distanz von circa 15 Kilometern immer häufiger mit dem Zweirad zurückgelegt werden, nicht zuletzt dank der Verbreitung von Pedelecs und E-Bikes. Beispielhafte Projekte:

- Ausbau des Fuhse-Radwegs zwischen Salzgittersee und Gebhardshagen
- Radweg an der Neißestraße in Richtung Hallendorf ab Schlehenweg
- Anschluss Nord-Süd-Straße an die ehemalige Mülldeponie Fuhsetal (Fuhsetalradweg)
- Fahrradschnellwege, nicht nur innerhalb der Stadtgrenzen, sondern auch darüber hinaus, beispielsweise von Thiede nach Braunschweig
- Anbindung der Kanaldörfer über Hallendorf/ Neißestraße bis Braunschweig

Neue Antriebstechnologien tragen zum Klimaschutz bei und sind im Individualverkehr sinnvoll.

- E-Mobilität - weitere Ladesäulen für Elektroautos: Die zunehmende Verbreitung des Elektroautos überfordert die aktuell vorhandenen öffentlichen Ladesäulen. Besonders Parkplätze, die zu Mehrfamilienhäusern gehören, sind perspektivisch unterversorgt.
- Carsharing – Nutzen statt besitzen: Beim Carsharing kann man ein Fahrzeug per App, Website oder Telefon für einen bestimmten Zeitraum reservieren. Bezahlen muss man die gefahrenen Minuten, die gefahrenen Kilometer, beides oder einen Pauschalbetrag. Daher sind Carsharing-Stellplätze im öffentlichen Raum, die durch die Einbindung lokaler Unternehmen geschaffen werden, notwendig.

Diese neuen Mobilitätskonzepte tragen zum Klimaschutz bei und sind für den Individualverkehr als Gesamtansatz anzuwenden.



1.5 Tierschutz

Für alle Tiere, die wir Menschen halten, haben wir eine besondere Verantwortung. Wir wollen ihnen ein würdevolles, gutes und gesundes Leben frei von Schmerzen, angst und Stress ermöglichen. Dafür wollen wir zusammen mit dem Land Niedersachsen für einen effektiveren Vollzug arbeiten und wirkungsvolle Sanktionen bei Vergehen gegen Tiere im Tierschutzgesetz verankern.

Wir wollen in Zusammenarbeit mit Tierschutzverbänden und Umweltorganisationen für eine höhere Sensibilisierung der Bürger*innen für den Tierschutz sorgen und den niedersächsischen Weg konsequent umsetzen.

Das erfordert neben der Kommunalpolitik viel Arbeit, die in Salzgitter von Naturschutzorganisationen, Tierheimen und mit viel Ehrenamt geleistet wird. Wir wollen diese wertvolle Arbeit unterstützen und die Finanzierung der Tierheime und der Naturschutzverbände (z.B. NABU, BUND, etc.) durch die Stadt Salzgitter sicherstellen.

Wir wollen die Zusammenarbeit mit den Fischereiverbänden zur Stärkung der heimischen Fischfauna und zur Entwicklung naturnaher Gewässer verbessern. Gemeinsam mit weiteren Akteur*innen wollen wir einen guten ökologischen Zustand unserer Flüsse, Bäche und Seen im Sinne der Wasserrahmenrichtlinien erreichen.

Auch das Füttern von Wasservögeln durch Bürger*innen fügt dem Ökosystem einen erheblichen Schaden zu. An öffentlichen Seen in Salzgitter sind zwar Hinweisschilder angebracht, finden aber wenig Beachtung. Wir fordern die regelmäßige Aufklärung und Information der Bürger*innen und somit eine strengere Überwachung.

Der Tierschutz spielt natürlich in der Ernährung der Menschen eine entscheidende Rolle. Die Nachfrage nach gesunden, nachhaltigen Produkten aus der Region, nach Fleisch aus Tierhaltungen mit hohen Tierschutzstandards und nach Obst und Gemüse, das ohne Einsatz von

chemischen Pflanzenschutzmitteln angebaut wurde, steigt stetig. Wir setzen uns dafür ein, dass die Verbraucher*innen leicht erkennen können, wo und unter welchen Bedingungen Nahrungsmittel hergestellt wurden.

Wir werden die Gründung von Hofläden fördern und unterstützen, damit regionale Produkte noch größeren Absatz finden.

Wir wollen uns dafür einsetzen, dass Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Pflegeheime, Mensen und Kantinen verstärkt auf regionale und ökologische Produkte setzen und den Fokus auf eine ausgewogene Ernährung richten.

1.6 Landwirtschaft

Die biologische Vielfalt sichert das Leben auf der Erde. Um die Krise im Rückgang der Artenvielfalt zu überwinden und das massenhafte Artensterben zu beenden, brauchen wir vor allem eine andere Landnutzung. Deshalb werden wir GRÜNEN die im niedersächsischen Volksbegehren zum Artenschutz enthaltenen Forderungen auch in Salzgitter verfolgen und realisieren.

Grundsätzlich sind versiegelte Flächen regelmäßig mit Augenmaß auf ihre Nutzung zu überprüfen. Werden sie nicht mehr benötigt, sind sie der Natur zurückzugeben.

Für uns Grüne hat der Schutz der Honigbiene, eines unserer wichtigsten Nutztiere, eine hohe Bedeutung. Bienen sind ein Indikator für den Zustand unserer Landschaft. Bienen finden heute in der Stadt in Gärten und Blühstreifen vielfältigere Nahrung als in Agrarlandschaften. Um den Artenschwund zu stoppen, müssen diese Agrarlandschaften vielfältiger gestaltet werden.

In Salzgitter soll mehr Pflanzenvielfalt auf den Äckern gefördert werden.



Auch strukturell wollen wir GRÜNE tätig werden: Zehn Prozent der Gelder aus dem Bundesprogramm zum Energie- und Klimafonds sollen für Klimaschutz durch Naturschutzmaßnahmen eingesetzt werden. Mit einem Wildnisfonds sollen sich mindestens zwei Prozent der Landesfläche wieder in echte Wildnis entwickeln.

Neben den Blühstreifen setzen wir GRÜNE uns auch für die Förderung von Insektenhotels und Bienenhäuser ein, die in der Stadt und auch in privaten Gärten aufgestellt werden. Privaten Imkern soll die Bienenhaltung erleichtert werden.

Wir fördern artgerechte Haltungsbedingungen für alle Tiere. Diese muss nach den neuesten Erkenntnissen der Verhaltensbiologie der jeweiligen Tierart ausgerichtet werden. Ein gutes Beispiel für das Gelingen der Agrarwende ist die Freilandhaltung bei Legehennen. Die Massentierhaltung in Form von Hühnchen-Mastanlagen lehnen wir weiter strikt ab.

1.7 Bauen und Wohnen

Heiße, trockene Sommer und plötzliche Starkregenereignisse zeigen uns: Der Klimawandel ist längst Realität! Dem entgegenzuwirken stellt Herausforderungen an die Errichtung und Erhaltung von Wohn- und Nutzgebäuden. Wir fordern daher eine stärkere Steuerung von Maßnahmen: Bei Neubauten, deren Dächer für die Nutzung der Sonnenenergie nicht geeignet sind, müssen bis zu einer Dachneigung von 15 Grad grundsätzlich eine Dachbegrünung vorgesehen werden. Die Begrünung von Fassaden soll mit Augenmaß gefördert werden, besonders Fassaden kommunaler Gebäude sind grundsätzlich zu begrünen, sofern dem keine architektonischen oder Gründe des Denkmalschutzes entgegenstehen.

Zur Verbesserung des örtlichen Klimas in den und der Aufenthaltsqualität wollen wir an allen geeigneten Stellen im öffentlichen Raum Bäume

mit großen Kronen pflanzen. Auf Parkplätzen und Einstellflächen soll grundsätzlich ein großkroniger Baum pro 10 Stellplätze in den Planungen vorgeschrieben und umgesetzt werden. Das auf Dächern und versiegelten Flächen anfallende Oberflächenwasser soll - soweit möglich - ortsnah versickern und nicht in den nächsten Bach oder Fluss abgeleitet werden.

Neubauten auf der „Grünen Wiese“ zerstören den Lebensraum von einheimischen Tier- und Pflanzenarten. Vorrangig ist eine innerörtliche Verdichtung anzustreben. Eingriffe in den Naturhaushalt müssen vollständig kompensiert werden. Hierfür sind in einer Satzung Grundsätze für die Gestaltung von Ausgleichsmaßnahmen sowie für die Ermittlung und Erstattung der entstehenden Kosten zu regeln. Wir wollen für versiegelte Flächen vorrangig andere Flächen entsiegeln. Für Baugebiete im Außenbereich ist planerisch grundsätzlich eine Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung durchzusetzen.

Wir müssen eine schonende Balance zwischen Bauleit- und Grünordnungsplanung finden und eine bedarfsgerechte und schonende Entwicklung neuer Gewerbe- und Industriegebiete verfolgen.

Bei der Erschließung neuer Baugebiete müssen Kriterien des klimaneutralen Bauens beachtet und streng eingefordert werden! Für sämtliche Bautätigkeiten hat eine Klimafolgenabschätzung zu erfolgen, deren Ergebnisse in die weiteren Planungen Eingang finden.

Die niedersächsische Bauordnung beschränkt die Einrichtung von Schotter-/ Stein- und Kiesgärten. In Salzgitter muss beim Verkauf von Grundstücken verstärkt auf diese für Insekten nutzlosen Flächen hingewiesen werden. Verstöße müssen strikter verfolgt werden. Um den Bürger*innen mehr Verständnis für Natur und Artenschutz verständlich zu machen und eine Umgestaltung zu natürlichen Gärten zu gewährleisten, hat eine stärkere Aufklärung zu erfolgen. Ansporn für eine natürliche Gestaltung im Rahmen des Artenschutzes sind beispielsweise praktische Gestaltungstipps und die kostenlose Bereitstellung von Saatgut für Blumenwiesen.



Offene Gemeinschaftsgärten – auch als „urban gardens“ bekannt – sind sowohl sozial als auch ökologisch sinnvoll. Sie bieten eine Gelegenheit für Menschen ohne eigenen Garten, frisches und gesundes Obst und Gemüse anzubauen- Kleingartenvereine bringen dabei häufig Jung und Alt sowie Menschen verschiedener sozialer Hintergründe zusammen. Aus ökologischer Sicht werden brachliegende Flächen aufgewertet und die Biodiversität innerorts gestärkt. Solche Projekte wollen wir in Salzgitter fördern.

Die strukturelle und organisierte Stadtentwicklung muss in Einklang mit Umwelt- und Klimaschutz gebracht werden. Daher setzen wir auf nachhaltige Strategien zu Flächenerhalt und Bauentwicklung. Für gemeinschaftliche Wohnprojekte müssen Genossenschaften gefördert werden, in dem sie mit adäquaten Flächen - auch in Erbpachtform - unterstützt werden. Der endgültige Verkauf von Grund und Boden ist möglichst zu vermeiden.

Durch Rückbau und Umbau leer stehender Wohngebäude sollen angesichts des demografischen Wandels seniorenrechtliche Wohnungen und für junge Familien familiengerechte Wohnungen geschaffen werden. Durch Förderung privater Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung und Einrichtung von Mietergärten für Geschosswohnungen sollen Wohnwert und Attraktivität der Wohngebiete gesteigert werden. Barrierefreies und bezahlbares Wohnen muss bei allen Neubauten gewährleistet werden. Dies gilt insbesondere bei Projekten in kommunaler Trägerschaft verpflichtend. Neben den Dorferneuerungen, laufenden Fördergebieten und Sanierungsmaßnahmen sind weitere Fördergebiete wie Gebhardshagen und Hallendorf aufzunehmen. In die Maßnahmen ist die städtische Wohnungsbaugesellschaft einzubinden. Der Wohnungsneubau soll vorrangig auf innerstädtische unbebaute oder durch Rückbau frei werdende Grundstücke (beispielsweise in Fredenberg, im Seeviertel oder in der Ost-West-Siedlung) erfolgen.

Das erstellte Baulückenkataster soll durch städtische Maßnahmen wie den Zwischenerwerb von Baugrundstücken intensiviert und effektiver eingesetzt werden. Die Ausweisung und Subventionierung neuer

Wohnungsbaugelbiete und Wohnbauvorhaben soll zur Gewinnung zusätzlicher Einwohner zielgerichtet und nachfrageorientiert erfolgen.

Zur Beseitigung baulicher Missstände sollte in Einzelfällen nach dem Baugesetzbuch (Baugebot, Modernisierungs- und Instandsetzungsgebot, Pflanzgebot, Rückbau- und Entsiegelungsgebot) die Anwendung von städtebaurechtlichen Instrumentarien geprüft werden.

Mehr als die Hälfte der 28 dörflich geprägten Stadtteile Salzgitters wurden in den vergangenen Jahrzehnten auf der Grundlage von Dorferneuerungsplänen nachhaltig in ihrer Struktur verbessert und zukunftsfähig gestaltet. Auch die übrigen Stadtteile sollen im Rahmen des vom Land geförderten Dorferneuerungsprogrammes in den kommenden Jahren mit viel mehr Bürger*innenbeteiligung unter Berücksichtigung der aktuellen Veränderungen und künftiger Erfordernisse weiterentwickelt werden. Dafür sind erforderliche Eigenmittel der Stadt in ausreichender Höhe bereitzustellen.

Durch eine vorausschauende Bodenvorratspolitik sollen nachfragegerechte und günstige Baugrundstücke für Wohnen, Handel, Gewerbe und Industrie entwickelt und bereitgestellt werden. Hierbei ist die Anwendung von bodenrechtlichen Instrumentarien des Städtebaurechts in Betracht zu ziehen, um zum Beispiel durch Ausübung von Vorkaufsrechten oder Durchführung von Umlegungsverfahren zweckmäßige Baugrundstücke zu schaffen und einer Bebauung zuzuführen.

Die Beteiligung der Bürger*innen an den städtebaulichen Rahmenplanungen und der Bauleitplanung - insbesondere der Bebauungsplanung - soll sich nicht nur auf den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestumfang (öffentliche Bekanntmachungen, frühzeitige Unterrichtung und öffentliche Auslegung) beschränken, sondern als echte Mitwirkung und Mitgestaltung generell in Form von Bürgerversammlungen und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt werden. Auf diese Weise kann die Transparenz und Akzeptanz von Planungen in der Öffentlichkeit gesteigert werden.



Wir fordern vorbeugenden Lärmschutz, der bei städtebaulichen Planungen und Maßnahmen berücksichtigt werden muss. Dazu gehört eine entsprechende Gliederung der Baugebiete, Beschränkung der Emissionen, Errichtung von Lärmschutzwällen und -wänden. Auch die Schaffung von Abstandsflächen und Grüngürteln entlang der Hauptverkehrsstraßen, die Verkehrslenkung sowie die Beruhigung und Förderung des Fahrradverkehrs sind geeignete Maßnahmen. Der vorliegende Schallimmissionsplan ist fortzuschreiben und stärker in die städtischen Planungen einzubeziehen.

Die Schadstoffmessungen in Kindergärten und Kindertagesstätten, Schulen und weiteren sensiblen Einrichtungen sind fortzusetzen und durch geeignete technische Maßnahmen zu unterstützen. Es müssen flächendeckende Messprogramme zur Überwachung der Luftqualität wie z.B. CO₂-Ampeln geben. Bei der Flächenausweisung und der Stadtplanung sind klimatologische Gesichtspunkte sowie Frischluftschneisen zu berücksichtigen. Aufforstungen und Anpflanzungen sollen als Grünfilter gegen Staub, Abgase und Lärm von Gewerbe-/Industriegebieten und Hauptverkehrsstraßen wirken.

1.8 Schacht Konrad

Salzgitter wurde Endlagerstandort, weil für das unrentabel gewordene Erzbergwerk Schacht Konrad eine Nachnutzung gesucht wurde. Nicht die Eignung des Schachtes als Endlager, sondern wirtschaftliche Gründe waren ausschlaggebend. Standortalternativen wurden in einem fairen und vergleichenden Verfahren nicht untersucht. Im aktuellen Suchverfahren wird die bereits durch die Asse und Schacht Konrad maximal belastete Region Braunschweig weiter als geeignetes Gebiet ausgezeichnet. In Schacht Konrad sollen radioaktive Abfälle so eingelagert werden, dass sie nicht rückholbar sind. Diese Form der Endlagerung setzt einen Langzeitsicherheitsnachweis voraus.

Es muss nachgewiesen werden, dass für eine Million Jahre keine

radioaktiven Schadstoffe in die Biosphäre zurückkehren können, beispielsweise über das Grundwasser. Solch ein Nachweis ist wissenschaftlich seriös nicht möglich. Das Asse-Endlager hat das Scheitern nicht rückholbarer Atommüllentsorgung doch offenbart. Wir fordern daher: es darf keine Lagerung von Asse-Abfällen in Schacht Konrad geben!

Die technische und rechtliche Grundlage, auf der Konrad beschlossen wurde, ist derart veraltet, dass wir auch unter Beachtung der aktuell laufenden offenen Endlagersuche. Es ist mindestens ein Konrad-Moratorium fordern, bis eine erneute Prüfung vorgenommen wurde. Die Zeit hat die Planungen für Schacht Konrad längst überholt. Ein aktualisierter Sicherheitsnachweis fehlt. Trotz des neuen nationalen Entsorgungsprogramms bleibt eine Kapazitätserweiterung weiterhin nicht ausgeschlossen.

Wir wollen eine Neuregelung der Atommüllentsorgung in Deutschland nach dem Stand von Wissenschaft und Technik unter Einbeziehung Schacht Konrads. Danach wird ein Endlagerstandort nicht auf der Grundlage wirtschaftlicher oder politischer Interessen bestimmt. Ziel muss es immer sein, die Atommüllentsorgung nach dem stets aktuellsten Stand von Wissenschaft und Technik zu reglementieren und regelmäßig zu prüfen. Sicherheit muss über allen ökonomischen Erwägungen stehen. Wir unterstützen die Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad in all ihren Bemühungen.



2. Verantwortungsvoll in die Zukunft wirtschaften

Wir formulieren Ideen für einen zukunftsfähigen Weg hin zu klimagerechtem Leben, zu Wertschöpfung und Innovation. Dieser führt über den Markt, auf dem sich durch kluge Impulse und richtige Anreize zukunftssträchtige Lösungen durchsetzen. Unsere Zukunft hängt davon ab, wie gut wir Ökologie und Ökonomie miteinander verbinden. Dieses Programm denkt beides zusammen. Wir nutzen auch als Kommune die Investitionsprogramme, die uns aus der Corona-Krise führen, für die Erneuerung in Richtung zukunftsfähiger, also nachhaltiger und digitaler Wirtschaft.

Die Arbeitsmarktsituation in Salzgitter ist schlecht. Rund 10% Arbeitslosigkeit insgesamt, bzw. 20% Arbeitslosigkeit unter ausländischen Bürger*innen sind besonders deshalb beschämend, da wir stets doppelt so hohe Zahlen wie Niedersachsen oder der Bund aufweisen.

Die Corona-Pandemie hat seit März 2020 diesen besorgniserregenden Abwärtstrend nochmals verschärft. Eine glaubwürdige kommunale Sozialpolitik muss hierzu Wirtschaft und Soziales stärker zusammendenken: es braucht gute Rahmenbedingungen für Unternehmen jeder Größenordnung, die volle Geltung eines guten Arbeitsrechts, eine gute Arbeitssicherheit sowie eine soziale Kommune, die den konkreten Menschen ernst nimmt.

Dazu bedarf es neben der Förderung der „Big Five“ einen stetigen Blick auf die kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU). Diese sind gezielt zu fördern.

Verwaltungsabläufe sind zu minimieren und diese Unternehmen bei Ausschreibungen gezielt in den Fokus zu nehmen. Diese Unternehmen sind wie die „Big Five“ als „Herzstück von Salzgitter“ zu begreifen; denn ein Großteil der Gewerbesteuererinnahmen wird über diese Unternehmen akquiriert.



2.1 Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaft in Salzgitter wird maßgeblich von den fünf großen Industrieunternehmen bestimmt. Die Gewerbesteuerereinnahmen sind dabei stark von deren weltwirtschaftlicher Entwicklung abhängig. Auf diese Entwicklung hat die Stadt keinen Einfluss.

Obwohl die Industrie starke Anteile der Arbeitsplätze und der Wirtschaftsleistung stellt, dürfen sie nicht in den alleinigen Mittelpunkt gestellt werden. Es ist dringend notwendig die kleinen und mittelständischen Unternehmen weiter zu unterstützen und sie in der kommunalen Wirtschaft mit starker Stimme zu Wort kommen zu lassen. Sie stellen die Masse der Arbeitsplätze, bringen zuverlässige Steuereinnahmen und bemühen sich auch besonders stark, wenn es um individuelle Förderung und Ausbildung geht. In Salzgitter werden diese Firmen leider oft vernachlässigt, es gibt nur wenige Anreize für neue Firmengründungen. Dass dies ein selbst gemachtes Problem ist, erkennt man am direkten Vergleich mit der drei Kilometer entfernten Nachbargemeinde Broistedt. Während dort das durch mittelständische Unternehmen geprägte Industriegebiet stark wächst, hat Salzgitter bei der Ansiedlung von Gewerbe- und Industriebetrieben noch Entwicklungspotenzial.

Es ist offensichtlich, dass dabei viele Chancen verschenkt werden. Hier ist ein radikales Umdenken in Bezug auf wirtschaftliche Förderung notwendig. Salzgitter muss ganz klar die Diversifizierung und Verteilung der Unternehmen fördern. Über Anreize und Förderungen sollten Transformation der Unternehmen mit Fokus auf alternative, umweltbewusste Produkte unterstützt werden. Der Wirtschaftsstandort benötigt für eine nachhaltige Zukunftssicherheit dringend einen qualitativen Wandel, um die Abhängigkeiten aus dem verarbeitenden Gewerbe abzufedern. Auch hier gilt: Die Mischung macht's!

Lokale inhabergeführte Unternehmen mit nachhaltigen Produkt- und Wirtschaftsstrategien sind weniger anfällig für internationale Krisen und deren Folgen.



Im Zusammenspiel mit verarbeitendem Gewerbe und Industriestandorten sollte hier ein partnerschaftliches wirtschaftliches Handeln auf Augenhöhe möglich gemacht werden.

Ein Hauptmerkmal des gegenwärtigen wirtschaftlichen Strukturwandels ist die fortlaufende Zunahme des Dienstleistungssektors. Wesentliche Akteure sind Handwerksunternehmen. Kundenorientierung, prozessorientierte Abläufe und der Einsatz moderner Kommunikationstechnik werden für die Leistungserbringung immer wichtiger. Die Auftraggeber des Handwerks haben einen wachsenden Bedarf an kompletten Problemlösungen aus Sachgütern und Dienstleistungen, mit einem z. T. sehr aufwendigem Schnittstellenmanagement.

Wir setzen uns für die Förderung der Problemlösungskompetenz des Handwerks und die Erschließung neuer Märkte und Marktsegmente durch Beratungsangebote ein. Die Integration beruflicher Qualifizierung in die Unternehmensplanung soll weiterhin unterstützt werden.

Die Stadtkasse würde von permanent fließenden Steuereinnahmen profitieren. Die Planungssicherheit für Politik und Verwaltung erleichtert viele Entscheidungen und macht sie nachhaltiger gestaltbar.

2.2 Finanzwirtschaft

Die gegenwärtige Haushalts- und Finanzlage Salzgiters ist durch die sehr hohe Verschuldung von circa 400 Millionen Euro geprägt und belastet künftige Generationen. Die finanziellen Spielräume sowie Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten sind dadurch sehr eingeschränkt. Wir streben an, die hohe Verschuldung unsere Stadt kontinuierlich und nachhaltig abzubauen. Deshalb sind alle kostenintensiven Maßnahmen und Investitionen auf Erforderlichkeit und Wirtschaftlichkeit zu prüfen und Kostensteigerungen durch ein umfassendes und effektives Kostencontrolling zu vermeiden. Vorrang vor Einnahmeverbesserungen



sollen dabei Einsparungen und Konsolidierungsmaßnahmen haben. Ein Verzicht auf satzungsgemäße Einnahmen aus Beiträgen und Gebühren widerspricht dem Ziel der Haushaltskonsolidierung.

Ein Entschuldungsfonds würde unserer Stadt und damit allen Ortsteilen zugute kommen. In der aktuellen Niedrigzinsphase ist diese Maßnahme optimal platziert. So könnte es unserer Stadt möglich sein, eine Gestaltungsmasse zu erwirtschaften, die Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen und klimagerechten Ausbau ermöglicht.

Die Finanzen unserer Stadt werden künftig allen, also auch den kleinen Stadtteilen und Dörfern, in gleichem Maße zugute kommen. Das halten wir für mehr als gerecht, da alle Bürger unserer Stadt die gleiche Steuerlast tragen. Bei Investitionen werden künftig verstärkt Fördermittel der EU eingebunden. Insbesondere die kleineren Ortsteile würden davon profitieren, sollen künftig mit städtischer Unterstützung optisch aufgewertet werden. Die ansässigen Betriebe und die Hauseigentümer werden an den Planungen beteiligt. Insgesamt wird die Attraktivität der Stadt verbessert.

2.3 Arbeitsmarkt

Die Situation am Arbeitsmarkt muss weiterhin im Auge behalten werden. Salzgitter hat besonders im Bereich der kleinen und mittelständischen Unternehmen und ganz akut im Handwerk erheblichen Nachholbedarf in der Besetzung von Stellen mit Fachkräften.

Wir wollen umsetzen, dass der Übergang von der Schule zum Beruf verbessert wird, damit nicht bereits junge Menschen in die Arbeitslosigkeit entlassen werden, sondern gezielt auf fachlich ausgerichtete Tätigkeiten vorbereitet werden. Dafür setzen wir auf eine lokale Zusammenarbeit mit dem Jobcenter, den Betrieben und den Kammern, um die bereits größtenteils vorhandenen Qualifizierungskonzepte auszubauen und anzupassen.



Außerdem gilt es, zukunftssträngige Ausbildungsangebote (beispielsweise zusätzliche Ausbildungen oder Umschulungen) an berufsbildenden Schulen und bei freien Bildungsträgern zu schaffen. Ein besonderer Fokus muss auf den Zugang des Arbeitsmarktes für Bürger*innen aus den eher bildungsschwachen Bevölkerungsschichten gelegt werden.

2.4 Tourismus

Ein weiterer Wirtschaftszweig, der in Salzgitter weiter ausgebaut werden kann, ist der naturnahe Erlebnistourismus. Dazu gehören besserer Rahmenbedingungen zur Ergänzung des gastronomischen Angebots und der touristischen Unterbringungsmöglichkeiten, beispielsweise mit einem Campingplatz.

Salzgitter verfügt in vielen Bereichen schon heute über ein vorbildliches Freizeitangebot. Die Kombination aus stadtnahem Badesees mit verschiedenen Sportstätten und einer Eishalle, dem Lichtenberger Höhenzug und die Nähe zu historischen Städten wie Braunschweig, Wolfenbüttel oder Hildesheim wirken sich positiv auf eine touristische Nachfrage aus. Diese Möglichkeiten werden wirtschaftlich nur wenig genutzt.

Es ist notwendig, im Bereich der touristischen Unterkünfte ein Angebot zu schaffen, um dieser Nachfrage gerecht zu werden und Einnahmen zu generieren. Durch die zu erwartende steigende Nachfrage und positive Entwicklung im gastronomischen Bereich erhöht sich auch das Freizeitangebot für die ortsansässigen Einwohner.

2.5 Fördermittel

Wir unterstützen die Bemühungen der Verwaltung, bestmöglich alle vorhandenen Fördermittel aus Kommunal-, Landes-, Bundes- und EU-



Mitteln einzusetzen. Wir treten dafür ein, in der Verwaltung zusätzliche Kapazitäten einzurichten, um mehr Beratungs- und Begleitungsressourcen für Gremien und Gruppen aus Salzgitter vorhalten zu können. Ziel ist die bestmögliche Nutzung aller vorhandenen Fördermittel, um die klamme Kasse der Stadt zu unterstützen.

Weiterhin ist eine Mitnutzung dieser Beratungsstelle für kleine und mittlere Unternehmen für Fördermittel zu prüfen. Zusätzlich sollte eine regelmäßige Neubewertung der eingesetzten Fördermittel und eine starke Einbindung der Öffentlichkeit in die Prozesse und Mittelvergaben erfolgen.

Wir halten eine Ergänzung des „Salzgitter-Fonds“ um einen „Nachhaltigkeitsfonds“, der losgelöst von der Endlagerdebatte, Finanzmittel für die Förderung von Umweltverbänden, Bürgerinitiativen und kreativen Projekten im Sinne von „Urban Gardening“ etc. akquiriert, für sinnvoll und erstrebenswert.

2.6 Digitalisierung

Auch in unserer Stadt muss an der Digitalisierung und Zukunftsfähigkeit von Kommunikation gearbeitet werden. Politik und Verwaltung müssen in Zusammenarbeit mit den vor Ort tätigen Internet- und Infrastrukturanbietern pragmatische und schnelle Lösungen schaffen, damit endlich alle Orte in Salzgitter mit schnellem und breitbandigem Internet versorgt werden können.

Bau- und Gewerbegebiete ohne adäquate Netzversorgung dürfen keine Option sein. Außerdem muss die Versorgung und der Ausbau der bestehenden Gebiete verstärkt beachtet werden. Hier stellt die große Fläche von Salzgitter besondere Herausforderungen. Umso wichtiger ist eine kooperative und ergebnisorientierte aktive Mitarbeit der Stadtverwaltung bei Genehmigungen und Freigaben.

Wir GRÜNEN begrüßen die in Salzgitter bereits vorhandenen



freien WLANs ausdrücklich und wollen weitere Punkte und Flächen für den Ausbau vorschlagen. Eine besondere Behandlung in der Breitbandanbindung sollten alle Schulen und Bildungseinrichtungen erfahren. Doch am Internetanschluss ist die Digitalisierung nicht zu Ende. Wir fordern eine ganzheitliche Begleitung der Bildungseinrichtungen durch ihre kommunale Trägerin, die Stadt Salzgitter. Schulgebäude und Klassenräume sind gemäß dem aktuellen Stand der Technik und der Anforderungen des Schulbetriebs mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit der Anlagen mit Infrastruktur sowie Lehr- und Lernmittel auszustatten. Lehr- und Verwaltungspersonal ist personell ausreichend aufzustellen, regelmäßig zu schulen und zu unterstützen.

Das IT-gestützte Lernen ist nicht nur in pandemischen Zeiten zu unterstützen und der Realität anzupassen. Zugang und Umgang zur Technik, Medienkompetenz, Umgang mit dem Internet und seinen Chancen und Risiken gehören auf die Lehrpläne und in die Unterrichtsräume. In diesem Prozess sind allerdings nicht nur die Schüler*innen zu berücksichtigen. Schulpersonal, Eltern und erziehende sind als Teil der Erfolgsformel in die Pflicht zu nehmen und zu stärken.

Besondere Aufmerksamkeit benötigen dabei die sozial benachteiligten Schüler*innen. Bei der Arbeit im Internet sollte der verantwortungsvolle Umgang mit digitalen Medien in Bezug auf Meinungsvielfalt der Kulturen, Religionen und der sexuellen sowie geschlechtlichen Vielfalt vermittelt werden.

Die Fort- und Weiterbildung in Medientechnik, Medienkompetenz, Umgang mit dem Internet und Sozialen Netzen soll verstärkt Einzug in die Bildungsprogramme der städtischen Volkshochschule finden. Diese Bildungseinrichtung ist in der Versorgung und Ausstattung keinesfalls zu vernachlässigen, da sie Bildungsmöglichkeiten für große Teile der Bevölkerung ermöglichen kann.

Weiterhin wollen wir moderne Arbeitsmethoden und -mittel fördern. Durch die Zusammenarbeit mit privaten Partnern sollen beispielsweise Coworking Spaces in den Innenstadtbereichen geschaffen werden.

Bei dieser Entwicklung im Bereich „neue Arbeitsformen“ arbeiten Freiberufler, kleinere Start-ups oder digitale Nomaden meist in größeren, verhältnismäßig offenen Räumen und können auf diese Weise voneinander profitieren. Dafür muss vorhandene Infrastruktur einfach und schnell zur Verfügung gestellt werden.



3. Bildung und Forschung ermöglichen

Teilhabe an Bildung und Forschung ist eine wichtige Grundlage unserer Zivilisation, unseres Zusammenlebens und unserer Zukunftsfähigkeit. Unsere grüne ökologisch soziale Strategie soll auch in der Kommunalpolitik einziehen und unsere Bildungssysteme nachhaltiger und zukunftsfähiger aufstellen. Im Mittelpunkt stehen dabei immer der Mensch und die soziale Interaktion.

Wir wollen die soziale Sicherung auf die Höhe der Zeit bringen und den Übergang mit Kindergrundsicherung, Garantiesicherung, höherem Mindestlohn, guter Arbeit und Daseinsvorsorge schaffen.

Wir erneuern das soziale Sicherheitsversprechen und ändern die Vorzeichen: Vorsorge soll zum Leitprinzip werden. Das gilt für das ganze Salzgitter. Auch wer in den kleineren Ortsteilen lebt, braucht einen Zugang zu Ärzt*innen, schnellem Internet und öffentlicher Daseinsvorsorge. Bezahlbareren Wohnraum soll man überall finden können.

Bildung ist die Voraussetzung für selbstbestimmtes Leben und Teilhabe am Gesellschafts- und Berufsleben – ein ganzes Leben lang. Jedes Kind, und jeder Mensch hat das Recht, dass ihm alle Bildungschancen offenstehen und optimale Bildungschancen bereitgestellt werden. Bildungspolitik ist zwar in erster Linie Ländersache, die Stadt steht als Schulträger aber in der Verantwortung für die räumliche und sächliche Ausstattung der Schulen. Für ein gutes Kita- und Krippenangebot, für die strategische Schulentwicklungsplanung und für die Bildungsberatung.



3.1 Soziale/Nachhaltige Bildungseinrichtungen

Die Stadt Salzgitter hat als Trägerin der Bildungseinrichtungen eine bedeutende Rolle inne - sie hat maßgeblichen Einfluss darauf, dass alle Salzgitteraner*innen den bestmöglichen und gleichen Zugang zu allen Bildungsangeboten haben. Dazu sind die Bildungsstandards der Einrichtungen in der Trägerschaft und Beauftragung der Stadt fortlaufend auf die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse hin zu überprüfen und anzupassen. alle Stellen wie Kita, Schule und Hort müssen bestmöglich wohnortnah vorgesehen werden oder einfach und barrierefrei mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein. Besonders die infrastrukturelle Anbindung des Ostfalia-Standortes in Calbecht ist dringend zu verbessern. Die Beförderung soll auch für die Schüler*innen im Sekundarbereich II kostenlos angeboten werden.

Die in den Schulen eingesetzten Sozialarbeiter*innen sind zu stärken und zu etablieren. Die Schüler*innenbegleitung kann als Poolsystem umgesetzt werden, muss aber angemessen entlohnt werden. Des Weiteren muss darauf geachtet werden, dass eine fortlaufende Anstellung während der Sommerferien sichergestellt wird.

Alle Bildungseinrichtungen müssen mit einem leistungsfähigen Internetanschluss, einer zeitgemäßen IT-Ausstattung und einem technischen Support ausgestattet werden. Benachteiligte Kinder und Jugendliche müssen vom Schulträger technische Endgeräte zur Verfügung gestellt bekommen.

In den Bildungseinrichtungen muss das praxisorientierte Vermitteln von Umweltbewusstsein im Sinne der Umweltschulen, der Fairtrade-Schulen, der Biostadt, der Ökomodellregionen o.ä. erfolgen. Die Verpflegung soll kostenlos, gesund, ausgewogen und mit weitestgehend regional erzeugten Lebensmitteln zubereitet werden.



3.2 Frühkindliche Bildung und Kitas

Die frühkindliche Bildung ist der erste Baustein, bei dem die Grundlagen und Leitplanken jedes jungen Menschen eingestellt werden. Wir messen diesem Bildungsbereich besondere Bedeutung zu und wollen durchsetzen, dass für jedes Kind im Alter von 1-6 Jahren ein Krippen- und Kindergartenplatz zu Verfügung stehen muss.

Wir Grüne kämpfen mit kommunalen Mitteln gegen die geplante Verschlechterung der Kinderbetreuung durch die Neufassung des Gesetzes für Kindertagesstättenbetreuung. Diese Planungen umfassen beispielsweise eine Reduzierung des Rechtsanspruches auf Betreuung von nur noch vier Stunden und die Herabsetzung von personellen Mindeststandards und die Ausklammerung der Beteiligung des Kindes.

Die Kommune muss sich aktiv für den Abbau des Fachkräftemangels in den Bereichen Krippe, KiTa und Hort, sowie für eine angemessene Entlohnung der pädagogischen Fachkräfte einsetzen.

Die vorschulische Bildung in Krippen, Kindertagesstätten und Hort muss insbesondere in Bezug auf die Umsetzung der Konzeption der Inklusion eine zeitgemäße Struktur- und Prozessqualität vorhalten. Hierbei muss vorrangig die Ausstattung mit qualifizierten heilpädagogischen Fachkräften ausgebaut werden. Die Frühförderung für den Schuleintritt wird bei individuellem Bedarf gewährleistet.

3.3 Schule des Lebens

Das Angebot an hochwertigen Kita- und Krippenplätzen muss weiterhin zügig und bedarfsgerecht ausgebaut werden. Das umfasst auch eine Betreuung zu jeder Tageszeit (24-Stunden-Kita). Kitas müssen eine gute Personalausstattung mit qualifizierten Erzieher*innen haben. Angesichts des massiven Fachkräftemangels müssen unsere Kitas ein attraktiver Arbeitsplatz sein. Dazu gehören unter anderem auch gut ausgestattete Personalräume.

Der Weg zur Schule und zur Kita muss sicher sein. Deshalb treten wir innerorts in der Nähe von Schulen und Kitas für einen weiteren Ausbau der Tempo 30 Zonen ein.

Schüler*innen-Beförderung muss flexibler werden. Die Kilometergrenzen werden abgeschafft, für die Fahrten wird eine Belegung mit max. 50% der Stehplätze kalkuliert. Fahrten zu außerschulischen Lernorten und Kooperation von Schulen werden unterstützt. Schülertickets sind unentgeltlich und auch außerhalb der Schülerbeförderung nutzbar.

Kleinen Kindern muss die Bewegungsfreiheit in einem sicheren und anregungsreichen Rahmen ermöglicht werden. Klettergerüste und Bolzplätze müssen zum Standard auf Pausenhöfen werden. Die Ausstattung der Fachräume und Sporthallen muss alle fünf Jahre bewertet und angepasst werden.

Wir wollen Schulen zum Wohlfühlen haben. Pausenhöfe müssen unterschiedlichen Bedürfnissen angepasst werden. Besonders dem Bewegungsdrang jüngerer Schüler*innen der Sekundarstufe I muss hier Rechnung getragen werden.

Unsere Schulen müssen endlich saniert und neugestaltet werden. Wir setzen uns dabei für eine lernfördernde, kinder- und jugendgerechte Ausstattung der Räume sowie der Außenanlagen ein.

Inklusives und barrierefreies Lernen muss grundsätzlich in allen Kitas und Schulen möglich sein. Schulen müssen für Ganztagsunterricht ausgestattet sein. Dazu gehören auch Räumlichkeiten, in denen die Schüler*innen ein gesundes Mittagessen einnehmen und sich während der Mittagspause aufhalten können.

Bei der Zubereitung der Schulmahlzeiten sollen für ein gesundes und ausgewogenes Mittagessen möglichst regional und erzeugte Nahrungsmittel verwendet werden.

Alle Sekundarschulabschlüsse sollen ortsnah möglich sein.



Für Bildungsarbeit im Bereich Ökologie und für außerschulische Lernorte müssen finanzielle Mittel bereitgestellt werden. In Zusammenarbeit mit unseren außerschulischen Lernorten muss das Umweltbewusstsein und die Bildung für nachhaltige Entwicklung in unseren Kitas und Schulen gestärkt werden.

Um demokratiefeindlichen Bewegungen und Politikverdrossenheit entgegenzuwirken ist es wichtig, mit der politischen Bildung bereits im Kindes- und Jugendalter zu beginnen. Dafür ist es erforderlich, Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich frühestmöglich an kommunalpolitischen Entscheidungen und Prozessen zu beteiligen. Deshalb wollen wir die aktive Mitgestaltung und das Engagement von Kindern und Jugendlichen durch Bereitstellung geeigneter Beteiligungsformen und attraktiven Formaten in der Kommunalpolitik ermöglichen. Wir wollen in den Kommunen die Einrichtung von parteipolitisch und konfessionell unabhängigen Kinder- und Jugendbeiräten durchsetzen. Die Jugend soll in relevante politische, planerische und zukunftsorientierte Entscheidungs- und Gestaltungsprozesse einbezogen werden.

Schulen sollen mit Raumluftmessgeräten sowie Luftfilter und Lüftungsanlagen ausgestattet werden.

Digitales Lernen soll durch eine zeitgemäße IT-Ausstattung an allen allgemein-und berufsbildenden Schulen ermöglicht werden. Dazu gehört ein leistungsfähiger Internetanschluss in allen Klassenräumen, ein hochwertiger technischer Support und nicht zuletzt ein Arbeitszimmer für die Lehrer*innen. Dafür müssen Gelder des Digitalisierungspakts schneller bei den Schulen ankommen. Schulen mit Schwierigkeiten bei der Beantragung erhalten Unterstützung. Schüler*innen sollen durch die Bereitstellung von technischen Endgeräten unterstützt werden.

Unsere Schulen sollen sich zu Vorzeigemodellen für Umwelt- und Klimaschutz entwickeln. Bei Schmutzwassernutzung, Solarthermie und Photovoltaik, bei ökologischer Sanierung, Baumpflanzungen, Entsiegelung von Parkplätzen und Freiflächen auf dem Schulgelände;

bei der Anlage und Unterhaltung von Biotopen und Schulgärten unter pädagogischer Begleitung und mit aktiver Beteiligung der Schüler*innen. Die beteiligten Schulen erhalten angemessene zusätzliche Finanzmittel.

Wir möchten in unserer Stadt das Erleben von Natur ermöglichen und aus Spielplätzen anregungsreiche Treffpunkte für junge Familien und alle Generationen entstehen lassen. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass in Salzgitter beispielsweise Wassererlebnis und Mehrgenerationen-Spielplätze eingerichtet werden.

Unsere Jugendlichen müssen beim Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die berufsbildende Schule bzw. für das Studium besser unterstützt werden. Gemeinsam mit den berufsbildenden Schulen, den Kammern, der Agentur für Arbeit und der Jugendhilfe wollen wir die Beratungs- und Unterstützungsangebote bündeln und damit auf Jugendliche mit besonderem Unterstützungsbedarf eingehen.

Mehr als zehn Jahre nach dem Beitritt Deutschlands zur UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen kommt der Ausbau des inklusiven Unterrichts nur schleppend voran. In einigen Bundesländern ist er sogar rückläufig. Entsprechend ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die an Förderschulen unterrichtet werden, kaum gesunken und in manchen Bundesländern sogar gestiegen.

Die Einstellung der Gesamtbevölkerung zur schulischen Inklusion fällt überwiegend positiv aus. In aktuellen Umfragen befürwortet eine große Mehrheit gesellschaftliche Inklusion ebenso wie das gemeinsame Lernen von Kindern mit und ohne Behinderungen. Gut drei Viertel aller Befragten sind der Meinung, dass ein inklusives Schulsystem zu mehr Toleranz und zu einem besseren Miteinander führt. Die Bereitschaft, sich sozial zu engagieren, wird größer. Wir wollen die Inklusion im Rahmen eines überarbeiteten Konzepts erweitern.



3.4 Allgemeinbildende Schulen Weiterführende Schulen

Berufsbildenden Schulen werden verstärkt zu Orten lebenslangen Lernens. Die Digitalisierung fordert von den Beschäftigten, den sich immer schneller verändernden Anforderungen entsprechend weiterzubilden. Dafür müssen die berufsbildenden Schulen vor allem technisch so ausgestattet werden, dass sie auch den modernen Anforderungen der Digitalisierung gerecht werden. Dazu gehören berufsbezogene Projekträume, eine moderne Ausstattung mit berufstypischen technischen Geräten und Anlagen sowie ein hochwertiger technischer Support.

Dem Wunsch- und Wahlrecht der Erziehungsberechtigten folgend, sollen die weiterführenden Schulen als schulisches Angebot einer Integrierten Gesamtschule bedarfsgerecht weiterentwickelt und ausgebaut werden. Auch die Förderschule soll alternatives Bildungsangebot bleiben. Als nachhaltige Zielperspektive ist die inklusive Schule anzustreben. Als ein möglicher Zwischenschritt zur Inklusion sind die Integrations- und Kooperationsangebote in Kindertagesstätten und Kooperationsklassen mit den Förderschwerpunkten geistige Entwicklung, emotionale und soziale Entwicklung verstärkt zu fördern.

Die Berufsbildenden Schulen (BBS) müssen mit modernen berufstypischen, technischen Geräten und Anlagen ausgestattet werden. Es ist zu beachten, dass die benachteiligten Schüler*innen besondere Aufmerksamkeit benötigen. Ziel muss auch hier die Integration auf dem 1. Arbeitsmarkt sein, also ohne unterstützende Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik. Somit hat die Idee der Inklusion auch in der Schulpraxis der BBS einen hohen Stellenwert einzunehmen. Natürlich befürworten wir die enge Partnerschaft zwischen lokalen Betrieben aller Größen und den Berufsbildenden Schulen.

3.5 Erwachsenenbildung

Die städtische Volkshochschule ist kontinuierlich weiterzuentwickeln und kann durch Partnerschaften mit örtlichen Lokalitäten näher an die Lernenden heranrücken. Übergeordnetes Ziel ist auch hier, der Bevölkerung ein offenes und nachhaltiges Angebot zur Verwirklichung des lebenslangen Lernens zu ermöglichen. Selbstverständlich gibt es für die VHS und weitere Bildungsträger im „Bürger*innenpass“ Ermäßigungen.

In der Erwachsenenbildung sollten die erfolgreich durchgeführten Deutsch-Sprachkurse (z. B. Deutsch als Zweitsprache) im Rahmen einer individuellen Förderung von Mitbürger*innen aus anderen Kulturkreisen weiterhin auch von freien Trägern durchgeführt werden. Dadurch wird die gesellschaftliche Teilhabe im Alltag gewährleistet. Auch das Angebot unserer Volkshochschule insbesondere im Bereich der Sprachkurse muss weiterhin bedarfsgerecht ausgebaut werden. Dozent*innen müssen angemessen bezahlt werden.

Weiterhin soll langfristig eine Kooperation der Ostfalia mit den kommunalen und städtischen Bildungseinrichtungen etabliert werden, um im gemeinsamen Austausch zu wachsen und Synergieeffekte im Lernen zu erzeugen. Die Kommune soll den Bildungs- und Forschungseinrichtungen der Ostfalia stets als kooperative Partnerin zur Seite stehen.



4. Zusammen leben

Wir wollen eine freie und solidarische (Stadt-)Gesellschaft, in der niemand ausgeschlossen oder zurückgelassen wird. Wir wollen eine Gesellschaft, in der soziale Teilhabe ein soziales Grundrecht ist und allen ein würdevolles Leben ermöglicht wird. Wir wollen ein lebens- und liebenswertes Salzgitter, das seinen Einwohner*innen Chancen und Anerkennung unabhängig von Einkommen und Einfluss bietet.

Auf kommunaler Ebene sind sozialpolitische Handlungsmöglichkeiten immer weniger geworden, so dass nur eine geringe Einflussnahme besteht. Salzgitter kann aber ohne eine glaubwürdige und authentische Sozialpolitik keinen Ehrgeiz für die kommenden Jahrzehnte entwickeln. Gerade deshalb braucht es wirksame und mutige Initiativen durch effektive und umfassende Integrationsangebote, wirksame und faire Teilhabemöglichkeiten sowie Stärkung unserer demokratischen Ressourcen über Partizipation, Ehrenamt und Integration.

Integration ist eine Querschnittsaufgabe. Sie führt dazu, alle Menschen in Salzgitter ungeachtet von Herkunft, Alter, Gesundheit und Geschlecht, in ihren gleichen Rechten und Pflichten zu stärken. Denn die Menschen in unserer Stadt sind unsere Zukunft. Egal ob Wohnen, Wirtschaft, Arbeit, Bildung, Kultur, Sport: Integration geschieht in allen Bereichen, wo Menschen zusammenkommen.

Einen Integrationsschlüssel stellt dabei Arbeit dar: Für Erwerbstätige oder Erwerbsfähige ebenso wie für die nachwachsende Generation von Kindern und Jugendlichen, die Perspektiven verdient. Für Rentner*innen, die auf unterschiedliche Arbeitsbiografien zurückblicken und auch für Jene, die aus gesundheitlichen Gründen nicht oder lediglich eingeschränkt dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, aber dennoch einen Anspruch auf ein tätiges Leben haben, bei der praktische Arbeit und soziale Betätigung im Vordergrund stehen.

Die konsequente Arbeit für die Menschen vor Ort und nicht die menschenverachtende, von Rassismus geprägte Handlungsweisen einiger Weniger gilt es zu bekämpfen.

4.1 Sozialpolitik

Salzgitter kommt neben den Herausforderungen in der Bildungspolitik in der Sozialpolitik eine zentrale Rolle zu. Oftmals der erste Anlaufpunkt für Menschen, die Unterstützung und Beratung brauchen. In Zeiten von schmalen Sozialbudgets und zunehmender Probleme in vielen sozialen Milieus braucht es heute mehr denn je wirksame und mutige Initiativen durch effektive und umfassende Integrationsangebote. Wirksame und faire Teilhabemöglichkeiten sowie eine echte Stärkung unserer Ressourcen über Partizipation und Ehrenamt.

Dafür haben wir GRÜNEN Ideen und Lösungsansätze, die individuelle Stärken mit den Vorteilen einer großen Gemeinschaft kombinieren. Die Stadt Salzgitter hat sich aktiv stärker für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einzusetzen. Es müssen verlässliche Maßnahmen geschaffen werden, die das verbindlich gewährleisten.

Familienzentren und Mehrgenerationenhäuser müssen in der Kommune verankert werden. Die Erziehungsberechtigten sollen in den Familienzentren kompetente Ansprechpersonen für individuelle Unterstützung finden und konkrete Hilfestellung in Anspruch nehmen können.

Die städtischen Stellen müssen sich verpflichten, Angebote zur Bekämpfung von Kinderarmut und sozialer Benachteiligung anzubieten.

Der zunehmenden Privatisierung und Kommerzialisierung der Freizeitangebote für Jugendliche muss begrenzt werden. Jugendzentren müssen erhalten werden.



Durch die Verwaltung und städtische Einrichtungen müssen Angebote für Sport, Freizeit und Kultur sichergestellt werden. Die Stadt muss stärker in die Pflicht genommen werden, damit die Erarbeitung von Konzepten und deren Umsetzung zur Steigerung der Lebensqualität von Menschen mit Behinderung beiträgt.

Die kommunale Eingliederungshilfe für unter 18-jährige Menschen mit Behinderungen ab 2021 muss durch die Stadt ernstgenommen werden und eindeutige Lösungen und Perspektiven für die Menschen aufzeigen. Bei der Umsetzung steht der Mensch mit Behinderungen mit den individuellen Bedürfnissen im Mittelpunkt der Neuorientierung.

Städtische Verwaltungsstellen haben die Verfügbarkeit und Kapazität der Frauenhäuser an die Bedarfe anzupassen und somit die Hilfeangebote zur Verfügung zu stellen. Dafür werden Angebote geschaffen, die sich auf den Umgang mit von Gewalt betroffenen Menschen beziehen, die weder Cis-weiblich noch Cis-männlich sind, also dem Geschlecht entspricht, das ihnen bei der Geburt zugewiesen wurde.

Die Erreichbarkeit und Qualität von ambulanten und stationären Einrichtungen im Bereich der psychischen Gesundheit ist durch das Gesundheitsamt der Stadt Salzgitter sicherzustellen. Hierbei sind insbesondere die Psychiatrien in den Blick zu nehmen. Es gilt, sich den Herausforderungen von emotional auffälligen Kindern und Jugendlichen zu stellen und die Versorgung von psychisch instabilen Eltern zu verbessern.

4.2 Integration

Integration ist eine besondere Herausforderung: Sie führt dazu, alle Menschen in Salzgitter ungeachtet von Herkunft, Alter, Gesundheit und Geschlecht, in ihren gleichen Rechten und Pflichten zu stärken. Denn die Menschen in unserer Stadt sind unsere Zukunft!

Egal ob Wohnen, Wirtschaft, Arbeit, Bildung, Kultur, Sport: Integration geschieht in allen Bereichen, in denen Menschen zusammenkommen.

Einen Integrationsschlüssel stellt dabei Arbeit dar: Für Erwerbsfähige ebenso, wie für die nachfolgende Generation von Kindern und Jugendlichen, die Perspektiven verdient. Weiterhin für Rentner*innen, die auf unterschiedliche Arbeitsbiografien zurückblicken und auch für jene, die aus gesundheitlichen Gründen nicht oder lediglich eingeschränkt dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, aber dennoch einen Anspruch auf ein tätiges Leben haben. Die Arbeitsmarktsituation in Salzgitter ist angespannt. Hier gilt es, die lokal erhöhte Arbeitslosigkeit unter ausländischen Bürger*innen in den Griff zu bekommen.

Die Corona-Pandemie hat seit März 2020 diese besorgniserregende Situation nochmals verschärft.

Eine glaubwürdige kommunale Sozialpolitik muss hierzu Wirtschaft und Soziales stärker zusammendenken: es braucht gute Rahmenbedingungen für Unternehmen jeder Größenordnung, die volle Geltung eines guten Arbeitsrechts und einer guten Arbeitssicherheit sowie eine soziale Kommune, die den konkreten Menschen ernst nimmt.

Der Integrationsschlüssel umfasst die bestmögliche Nutzung und Auslastung der in den Kommunen vorhandenen Integrationsressourcen wie Wohnraum, Bildung und Arbeitsmarkt.

Um dies in der Realität auch umzusetzen und zum Erfolg zu führen, wollen wir GRÜNEN, dass die Sprachförderung für Geflüchtete zu jeder Zeit sichergestellt wird. Des Weiteren müssen wohnortnahe Angebote zum Beispiel für queere (Personen, deren geschlechtliche Identität und/oder sexuelle Orientierung nicht der heteronormativen Norm entspricht) oder geflüchtete Menschen mit Behinderungen angeboten werden.

Integration benötigt Begegnung in Orten in den Quartieren. Davon brauchen wir mehr! Grundsätzlich ist eine sichere Finanzierung für Sozialarbeit in den besonders von Arbeitslosigkeit betroffenen Stadtteilen zu etablieren. Dort, wo die Verwaltung nicht hinreichen kann



und auch eigene soziale Netze (noch) fehlen, muss eine verlässliche und qualifizierte Sicherstellung der Eingliederungshilfen von Menschen mit Behinderungen stattfinden. Auch eine würde- und respektvolle Integration jener Leistungsträger, die es auf dem Arbeitsmarkt schwer haben.

Besonders relevant ist in Salzgitter der Ausbau von Arbeitssuchenden-, Schuldner*innen- und Suchtberatungsangeboten, in denen nicht das Rad neu erfunden wird. Wünschenswert ist die Verbindung kommunaler Organisationen aus Verwaltung und Partner*innen der Wohlfahrtsverbände, die wertschätzend und finanziell unterstützt konstruktiv zusammenarbeiten.

4.3 Armutspolitik und Teilhabe

In Salzgitter lebt jedes dritte Kind von Sozialleistungen. Wir Grünen wollen eine freie und solidarische Stadtgesellschaft, in der niemand ausgeschlossen oder zurückgelassen wird. Eine Gesellschaft, in der soziale Teilhabe und Zugänglichkeit ein soziales Grundrecht sind und allen ein würdevolles Leben ermöglicht wird. Ein lebens- und liebenswertes Salzgitter, das seinen Einwohner*innen Chancen und Anerkennung unabhängig von Einkommen und Einfluss bietet. Wir wollen hier ansetzen und eine tatkräftige Sozialpolitik etablieren, die eine Unterstützung von Kinderhilfevereinen beinhaltet.

Der Fortbestand des Sozialpasses sowie des Sozialtickets bleibt gesichert, zugleich werden diese Instrumente aktiven Weiterentwicklungen unterzogen, beispielsweise in Richtung eines Bürger*innenpasses. Maßnahmen wie die gezielte Ansprache von Menschen, beispielsweise über Soziale Medien sowie die Schulung von Multiplikator*innen sind immer weiter zu fördern, damit die sozialen, bildenden, kulturellen und Freizeit gestaltende Angebote (z.B. Musikschule, Stadtbibliothek, Medienbildung) nachhaltiger kommuniziert werden können.

Wir verfolgen die Etablierung eines Bürger*innenpasses, der als Berechtigungsausweis Vergünstigungen kommunaler Leistungen

ermöglicht, weiter. Hierzu sollen MobilTicket, Ehrenamtskarte und Sozialticket zu einem Bürgerpass zusammengeführt werden. Dabei gilt es, die Vergünstigungen für Bedürftige auszubauen und über ein einheitliches Ausweissystem zu bündeln. Die Nutzergruppen dürfen sich nicht allein auf bestimmte soziale Gruppen, wie z. B. Sozialleistungsempfänger oder Geflüchtete beschränken, damit Diskriminierungseffekte ebenso wie Neidgedanken ausgeschlossen werden können. Kern des Angebots sollen zunächst kommunale Leistungen wie Museen, die Stadtbibliothek, Schwimmbäder, usw. sein.

Durch Vorlegen des Bürgerpasses bzw. eines MobilTickets kann der ÖPNV zu reduzierten Konditionen genutzt werden. Die Kommune initiiert, organisiert und akquiriert zusätzliche privatwirtschaftliche Angebote. Sie muss folglich die Vergünstigungen nicht in voller Höhe selbst tragen. Private Unternehmen können sich auch mit eigenen Angeboten einbringen und als Akzeptanzstelle mit einem entsprechenden Logo schmücken. Dies führt zur Aufwertung des sozialen Images und kann neue Zielgruppen erschließen.

Moderne Sozialpolitik soll gewährleisten, dass allen Menschen gleiche Rechte, Chancen und Pflichten zukommen. Sie stellt kein Almosen, sondern den Ausdruck sozialer Bürgerrechte dar. Zugleich fördert sie die Übernahme von Eigenverantwortung.

Teilhabe gibt es für eine zukunftsorientierte Kommune nicht zum Nulltarif. Sie setzt Investitionen in wirksame Maßnahmen voraus. Dies funktioniert im Team von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Gerade auf GRÜNEN Druck gelangten in den letzten fünf Jahren Fortschritte in dieser Hinsicht. Sozialpass und Sozialticket erlauben Menschen, die zuvor oft vergessen oder übersehen wurden, städtische Angebote wahrzunehmen und mobiler zu sein. Und gerade dies ist wichtig.

Eine heterogene Stadt aus 31 Stadtteilen muss dafür sorgen, dass Begegnungen aller sozialen Schichten und Milieus möglich sind! Dies gilt für Kitas, Schulen, Sport und Kultur. Hier kann und muss eine Teilhabepolitik Chancen einräumen.



Salzgitter ist zugleich eine alternde und multikulturelle Stadt. Seit April 2018 ist unsere Bevölkerung um rund 1000 Einwohner*innen geschrumpft. Auch wenn der Großstadtstatus noch sicher scheint, braucht es dringend investive Maßnahmen für eine aktive Bürgerschaft. Aus qualitativen, aber auch aus finanziellen Gründen. Vorsorge ist besser als Ausbesserungsarbeiten.

Aus dieser Motivation leiten sich unsere Ideen und Pläne ab, dass beispielsweise Aspekte der Sozialpolitik im sozialen Wohnungsbau, der Gestaltung von Nahverkehrsverbindungen und natürlich Angebote in Bildung, Betreuung und Versorgung berücksichtigt werden. Die Betreuungszeiten der Krippen, Kindergärten und Kindertagesstätten sind den Bedürfnissen berufstätiger Eltern und Alleinerziehenden anzupassen. Jedes Kind, jede und jeder Jugendliche muss unabhängig von Einkommen, Aufenthaltsstatus oder Bildungshintergrund der Eltern die Chance haben, an kultureller Bildung wie Musikunterricht, Theaterbesuchen und Ferienangeboten teilzunehmen.

4.4 Demokratie leben

Wir GRÜNEN begreifen Demokratie als Lebensform. Spätestens aus der Entwicklung in Ehrenamt und Freizeiteinrichtungen wissen wir: aktive Bürger*innen werden dringend benötigt, ganz besonders Menschen, die sich mit dem Gemeinwesen identifizieren und für Demokratie und Freiheit eintreten.

Auch in Salzgitter basiert unser politisches System darauf, dass Menschen aktiv in der Kommunalpolitik mitarbeiten. Wir brauchen heute mehr denn je ein kooperatives Verhältnis von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, das den Einsatz jedes einzelnen Menschen, der sich aus freien Stücken für das Gemeinwesen einsetzt, würdigt. Demokratie bedeutet, dass Menschen guten Willens um die besten Ideen lebhaft streiten – sie erfordert aber auch, stetig Bündnisse und Koalitionen zu stärken und auszubauen, die in Vielfalt vereint für eine faire, tolerante und freiheitliche Lebensform stehen.

4.5 Politik miteinander

Damit in Salzgitter Politik wieder mit den Bürger*innen stattfinden kann und vermehrt ein „Wir-Gefühl“ statt dem aktuell leider oft zu hörenden „Die da oben“ entsteht, sollen die Menschen stärker beteiligt und eingebunden werden und an Planungen und Entscheidungen stärker teilhaben. Sämtliche Informationen müssen der Öffentlichkeit frühzeitig zugänglich sein. Durch Präsentationen vor Ort, Befragungen zu konkreten Maßnahmen, regelmäßigen Darstellungen in frei zugänglichen Plattformen und Medien wird Mitsprache realisiert.

Wir werden Bürgerbegehren und Bürgerentscheide fördern und respektieren.

Kommunalpolitik und Rathausgeschehen müssen öffentlicher werden. Beratungen und Sitzungen der zuständigen Gremien sollen grundsätzlich öffentlich erfolgen. Eine Verlagerung in nichtöffentliche Gremien (Fraktionen, Aufsichtsräte, Arbeitsgruppen etc.) soll möglichst vermieden werden. Die Übertragung der Entscheidungsbefugnisse auf die Ausschüsse ist zu prüfen. Der Beginn der öffentlichen Sitzungen muss bürgerfreundlich sein und außerhalb der üblichen Arbeits- und Berufszeiten liegen (ab 17 Uhr).

Ein guter und barrierefreier Zugang zu Verwaltungsprozessen und alltäglichen Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern an eine Stadt ist in heutigen Zeiten ohne Digitalisierung und automatisierte Prozesse nicht mehr möglich. Eine Verwaltung auf dem technischen Stand der Zeit hat für die Einwohner*innen von Salzgitter nur Vorteile und arbeitet im besten Fall kosten- und ressourcenschonend. Auf Menschen zugeschnittene Digitalprozesse wie Videotermine mit dem Bürgercenter, vollautomatische Beantragungs- und Abwicklungswege, einfache Auskunftstellen und nachvollziehbare und verlässliche Prozesse steigern die Zufriedenheit und senken das Stresslevel. Besonderes Augenmerk sollte auch auf anonyme und vertraulich Beratung, sowie einfache, verständliche Sprache gelegt werden.



Unsere Forderung zusammengefasst: Amtsdeutsch ist für Bürger*innen oft unverständlich. Die Verwaltung muss für Menschen anders arbeiten als für interne Vorgänge und Aktenablagen.

4.6 Wertschätzung Ehrenamt

Wir verfolgen eine angemessene finanzielle Förderung und Stärkung der Institutionen, die das Ehrenamt als Keimzelle gelebter Demokratie professionell und engagiert fördern, beispielsweise das Freiwilligen-Zentrum.

Orte des sozialen Miteinanders, wie das Mütterzentrum oder Orte der Stadtteil- und Quartiersarbeit müssen verlässlich gefördert werden. Gerade an der jahrzehntelangen Erfolgsgeschichte des Salzgitteraner Mehr-Generationen-Hauses können wir sehen, wie wichtig und wirksam Räume sind, in denen Integration möglich wird und in denen ein Zusammenleben unterschiedlicher Milieus und Generationen stattfindet. Dabei gilt es weiterhin, den Bedürfnissen Ehrenamtlicher Aufmerksamkeit zu schenken und eine hauptamtliche Begleitung zu sichern.

Besonders wichtig in Hinblick auf unsere Zukunft ist die wertschätzende und glaubwürdige Beratung und Förderung der Initiativen aus der Jugend, insbesondere des Kinder- und Jugendparlaments.

Es muss eine regelmäßige, aufrichtige und wertschätzende Würdigung der unverzichtbaren Leistungen der Freiwilligen Feuerwehren, der DLRG, des THW, der Rettungsdienste und der weiteren örtlichen Organisationen der Notfall- und Katastrophenhilfe geben.

Das kann beispielsweise durch mehr Unterstützung bei der Gewinnung von Freiwilligen, einer gesicherten Finanzierung der Förderung der Jugendarbeit oder durch Projektangebote und Social-Media-Angebote gehen. Aber auch durch eine sicheren Anerkennung der Leistungen von Vereinen als Ort des Ehrenamtes. Kostenlose Informations- und Fortbildungsangebote kommen dazu.

Politik und Verwaltung müssen mehr Mut und Zuversicht aufbringen und das Wissen der Bürger*innen wertschätzen anstatt es als Hemmschuh lieb gewonnener Abläufe zu betrachten. Ein offenes Zugehen auf Vereine, Verbände und Initiativen ist notwendig, um die Chancen direkter Demokratie stärker zu nutzen und eine Kultur voller Vertrauen auf Augenhöhe zu stärken.

4.7 Gegen Rassismus und Extremismus

Alle Institutionen der kommunalen Politik, vom lokalen Ortsrat über den Rat der Stadt mit seinen Fraktionen und den Bürgermeister*innen müssen ein nicht nachlassendes Engagement zusammen mit der Zivilgesellschaft und Verwaltung gegen jede Form von politischem Extremismus an den Tag legen. Insbesondere die in unserer Region auftretenden Tendenzen zum Rechtsextremismus mit zunehmender Aggression und Demokratieverachtung müssen in einer bunten Stadt wie Salzgitter im Keim erstickt und mit allen demokratischen Mitteln bekämpft werden. Wir fordern eine überparteilichen Zusammenhalt und Einigkeit, damit Rechtsextremismus und Antisemitismus unsere offene Gesellschaft und Demokratie nicht gefährden.

Wir GRÜNEN verurteilen jede Form von Extremismus und Rassismus. Dazu gehört der Schutz von und die Solidarität für Menschen, die aufgrund ihres sozialen, kulturellen und religiösen Hintergrunds, ihrer Sexualität, ihrer Geschlechtsidentität oder wegen phänotypischer Merkmale Diskriminierung erfahren. Als GRÜNE akzeptieren wir keine rechten oder faschistischen Gedanken, die die Freiheit und Würde eines Menschen gefährden - nicht nur in Salzgitter.

Wir arbeiten an einer offenen Gesellschaft, die in ihrer Pluralität gestärkt und gefördert wird! Wir fordern mehr bürgerfreundliche und leicht zugängliche Verfahren und den Ausbau von Mehrsprachigkeit in allen öffentlichen Einrichtungen und Angeboten. Wir fördern, begleiten und unterstützen interkulturelle Veranstaltungen, Feste und Freizeitangebote.



Wir setzen uns für die Arbeit des Bündnisses gegen Rechts ein, der Initiative „Wir sind mehr – Bündnis Salzgitter passt auf“ und wir fördern bestmöglich Projekte zur Prävention und Bekämpfung von Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus.

Darüber hinaus möchten wir als GRÜNE immer wieder auf die menschenverachtenden Verbrechen des Nationalsozialismus aufmerksam machen. Vor allem als Stadt, die während dieser Zeit im Zusammenhang mit den Reichswerken Hermann Göring gegründet wurde, tragen wir eine besondere Verantwortung für eine konsequente Aufarbeitung der NS-Vergangenheit unserer Stadt. Die geschichtliche Aufarbeitung muss organisatorisch und finanziell durch die öffentliche Hand unterstützt werden, um unabhängig wertvoll und sinnstiftend zu arbeiten. Salzgitter braucht erkennbare mahnende Hinweise zur nationalsozialistischen Vergangenheit der Stadt in Form von Informationstafeln oder Stolpersteinen. In der Verwaltung muss sich der bisherige Umgang mit Namen von Straßen und Plätzen, die Kolonialismus, Imperialismus und Nationalsozialismus verharmlosen, ändern. Die „Gedenk- und Dokumentationsstätte KZ Drütte“, die Denkmäler und Erinnerungsorte wie der „Jüdische Friedhof“, der „Ausländerfriedhof“ Jammertal, der „Friedhof Westerholz“ und weitere Orte der Erinnerung müssen selbstverständlich auch in Zukunft kooperativ unterstützt und gefördert werden.

4.8 Kultur

Die in Salzgitter vorhandenen Kultureinrichtungen müssen eine permanente und verlässliche finanzielle Unterstützung erfahren, damit sie ihre wertvolle Arbeit leisten können.

Die verschiedenen musealen Orte müssen erhalten und nach Möglichkeit erweitert werden. Kunst und künstlerische Aktionen im öffentlichen Raum sind durch die Verwaltung ebenso wie Kunst-, Wander- und Dauerausstellungen zu unterstützen. Für all das soll im öffentlichen

Raum z.B. im Atrium des Rathauses oder in und vor anderen öffentlichen Gebäuden Platz geschaffen werden.

Ein Beispiel, wie so etwas vorbildlich realisiert werden kann, ist die von uns initiierte Kunst- und Kreativschule im Schloss Salder, wo den jüngeren Generationen in geschichtlich, kulturell und historisch bedeutenden Räumen und Gebäuden kulturpädagogische Inhalte vermittelt werden.

Der regionale Fernseh- und Musiksender TV38 muss weiter gefördert werden. Aulen in Schulen sind beispielsweise auch als Veranstaltungsorte für öffentliche Konzerte zu erhalten und zu erweitern.

Veranstaltungen wie der Kultursommer, Jugendband-Contests und kleinere Konzerte und Festivals müssen unterstützt und erweitert werden. Langfristig setzen sich die GRÜNEN für den Bau einer Mehrzweckhalle für kulturelle und musikalische Großveranstaltungen ein.

4.9 Sport und Freizeit

Freizeitangebote und Beschäftigungsmöglichkeiten sind für die Lebensqualität von erheblicher Bedeutung und müssen kontinuierlich verbessert und ausgebaut werden. Das Angebot muss erweitert werden und an die Bedürfnisse besonders junger Menschen angepasst werden. In allen Stadtteilen.

Wir verfolgen den Erhalt des Stadtgrüns zur Verbesserung des Stadtbildes. Parks und Anlagen sollen zu Räumen der Begegnung, mit Bewegungsparcours für Jung und Alt, Open-Air-Schachfeldern und Boule entwickelt werden, um Fitness und Gesundheit zu stärken.

Vereine und Ehrenamt im Freizeit- und Vereinsbereich sind weiterhin finanziell zu unterstützen, auch die Kinder und Jugendförderung muss erhalten bleiben.

Wir setzen uns für eine verstärkte und regelmäßige Sanierung und Verbesserung von Freizeitanlagen, Sportanlagen und Wanderwegen ein.



Außerdem wollen wir besonders in dicht bebauten Siedlungen mit Mehrfamilienhäusern wie beispielsweise in Salzgitter Bad und Thiede offene Gärten für alle Bürger*innen anbieten.

Der Salzgittersee nimmt im Freizeit-und Wassersportangebot der Stadt Salzgitter eine zentrale Rolle ein. Bei den Planungen für Projekte zur Weiterentwicklung des Salzgittersees setzen wir auf die Vermeidung von Eingriffen in das Naherholungsgebiet Salzgittersee und möchten den See allen Menschen uneingeschränkt zur Verfügung stellen.

Eine mögliche Weiterentwicklung und Umfunktionierung muss immer unter Mitwirkung der Bevölkerung, der Berücksichtigung aller Nutzer*innengenerationen, der Wassersportvereine und der Bürgerinitiativen vorgenommen werden. Die Realisierung und Durchführung muss sich an den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln orientieren. Nach unserer Meinung sollte die naturnahe Nutzbarkeit im Vordergrund stehen, natürlich mit entsprechenden Aktivitäts-und Verweilmöglichkeiten.

Deshalb soll der Salzgittersee mit seinen angrenzenden Flächen allen Bürger*innen frei zugänglich bleiben. Die Schaffung eines gemischten Stadtviertels für eine Bebauung mit hochwertigen Eigentumswohnungen, Büros und Einzelhandel lehnen wir ab. Stattdessen müssen Möglichkeiten geprüft werden, an der Lebenstedter Seeseite Plätze für verschiedene Sportarten zu schaffen.



Unsere Themen für Salzgitter:

- Klima- und Umweltschutz***
- Gegenseitiger Respekt statt Hetze***
- Kinder und Jugendliche stärken und fördern***
- Mehr Orte der Begegnung und des Zusammenhalts***
- Digitalisierung erweitert Möglichkeiten***

Veränderung beginnt hier – GRÜN wählen

12.9. Kommunalwahl

26.9. Bundestagswahl

***Du hast Fragen? Lass uns
miteinander darüber sprechen.***

Bündnis90/DIE GRÜNEN
Kreisverband Salzgitter

Telefon: 05341 841894

Web: gruene-salzgitter.de

Insta: [gruene_sz](#) **Facebook:** [GrueneSalzgitter](#)

